



Die Ukraine im sechsten Kriegsjahr gegen Russland

Russland nicht zu verprellen ist kein Weg zur Herstellung der Souveränität der Ukraine

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2020

Zusammenfassung

Die Präsidenten und Regierungschefs des sog. ‚Normandie-Formats‘ (N4), das sich am 4. Juli 2014 mit dem Ziel entwickelte, den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland beizulegen, trafen sich – nach drei Jahren – am 9. Dezember dieses Jahres in Paris. Die positiven Teilergebnisse: Austausch aller Gefangenen, Entflechtung schwerer Waffen, Maßnahmen zur Minenräumung und – endlich (?) – ein dauerhafter Waffenstillstand verdecken die Hauptschwierigkeiten.

1. Frankreich und Deutschland treten als „Vermittler“ auf oder werden so gesehen.
2. Das bedeutet, dass beide nicht mehr überzeugend als Verfechter ihres ursprünglich festgelegten politischen Zwecks: ‚die Wiederherstellung und Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine‘ auftreten können oder wollen.
3. Dabei hatte die deutsche Regierung schon im Februar 2016 mit der Entscheidung, dem Bau von Nordstream 2 zuzustimmen, klar gemacht, dass ihr politischer Schwerpunkt nicht der Ukraine, sondern Russland galt.
4. Daraus folgt, dass Putin das Heft zur Destabilisierung in der (Ost-)Ukraine und den uneingeschränkten Besitz der annektierten Ukraine in der Hand behält und
5. Frankreich und Deutschland also in N4-Gesprächen zuvörderst die Ukraine zu (für das Land kaum verkraftbaren) Zugeständnissen bei der Durchführung von Wahlen, der Verfassung, dem ‚Sonderstatus‘ der Separatistengebiete und dem Verzicht auf vorherige ukrainische Grenzkontrollen in diesem Gebiet drängen werden in der Einschätzung, dass Putin sonst zu noch aggressiverem Einschreiten veranlasst wird.

Es besteht deshalb der Eindruck, dass der ‚Westen‘ weder den Willen noch erfolgversprechende Mittel besitzt, um seinen erklärten politischen Zweck gemäß der Charta von Paris durchzusetzen. Sollte also der ‚Westen‘ seinen erforderlichen Kraftaufwand in dieser Krise für so groß halten, dass er seinem erklärten politischen Zweck nicht mehr das Gleichgewicht halten kann, so wird dieser (offen oder schleichend) aufgegeben und ein (ungünstiger) ‚Friede‘, vor allem für die Ukraine, die Konsequenz sein.



Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen



Analyse

Beim Zusammenkommen der Regierungschefs des sog. ‚Normandie-Formats‘ (N4) in Paris am 9. Dezember 2019 – mitten im sechsten Kriegsjahr in der Ostukraine – trafen ein neuer David, Präsident Selenskyj, und ein machtbewusster Goliath, Präsident Putin, aufeinander. Anders als in der Geschichte mit der Steinschleuder Davids braucht Präsident Selenskyj für das Standhalten gegen einen offensiven Goliath Frankreich und Deutschland, ja EU und NATO, nicht als „Vermittler“ sondern als Verfechter der territorialen Integrität der Ukraine. Das war jedenfalls der erklärte Zweck der Politik, den all diese Länder im Frühjahr 2014 verkündeten.

Bei diesem N4 Treffen, zu dem Präsident Macron eingeladen hatte, standen ‚nur‘ Teile der seit vier Jahren ausstehenden Umsetzung der ‚Vereinbarung‘ von Minsk vom 12. Februar 2015 (Minsk II) mit ihren 13 Punkten auf der Tagesordnung.

Über vier Jahre hat sich bestätigt, was schon im Februar 2015 deutlich sichtbar war, dass Minsk II für Putin eine solide Basis bildete, die Destabilisierung des großen Nachbarlandes Ukraine nach eigenem Ermessen zu verstärken oder einfach abzuwarten. Die Ukraine musste 2015 diese 13 Punkte hinnehmen – auch auf Drängen von Hollande und Merkel – da das Land zu schwach war, um sich gegen die russisch geführten und ausgerüsteten Separatisten militärisch erfolgreich zu wehren, zumal westliche Staaten der NATO und der EU ihr militärisch wirksame Hilfe verweigerten.

Am 9. Dezember konnten die vier Regierungschefs über viele dieser Punkte sprechen. Und beim Gefangenen-austausch, der Rücknahme schwerer Waffen entlang der Kontaktlinie und der Herstellung eines dauerhaften Waffenstillstandes konnten sie teilweise Einigung erzielen.

Aber solange Frankreich und Deutschland in der öffentlichen und in Putins Wahrnehmung als ‚Vermittler‘ – in einer quasi Äquidistanz zu beiden Konfliktparteien – auftreten, wird der politische Zweck, zu dem sich beide Staaten mit EU und NATO bekannt, ja verpflichtet haben - die Souveränität und territoriale Integrität (SuTI) der Ukraine zu sichern, ja wieder herzustellen - kaum zu verwirklichen sein.

Natürlich werden alle Beobachter und Beteiligten, v.a. aber die Bevölkerung in der Region Donbass, alle Maßnahmen begrüßen, die einen dauerhaften Waffenstillstand sichern, die Entflechtung der schweren Waffen voranbringen, das Minenräumen in Angriff nehmen und nicht zuletzt einen zügigen Austausch aller Gefangenen („all for all“) erreichen. Das wird für die Bevölkerung Erleichterung schaffen.

All dies verringert aber nicht die reale Präsenz und massive Unterstützung Russlands in und für die sog. ‚Volksrepubliken‘ Donetsk und Luhansk. Und es bleibt dabei, dass die Ukraine keinerlei eigenen administrativen Zugang und Präsenz in diesen Gebieten wahrnehmen kann.

Am schwerwiegendsten erscheint, dass mit der „Einigung“ auf eine sog. ‚Steinmeier-Formel‘ erneut drastische Erwartungen an Kiew geschürt werden und der Kreml die Möglichkeit hat, alles was ihm in Sachen Sonderstatus und Vorbereitung von Kommunalwahlen nicht passt, der Ukraine als „Nichterfüllung“ von Minsk II vorzuhalten. Aus Sicht einer souveränen Ukraine (und der dieses als Ziel ausgegebenen Staaten der EU und der NATO); kann die Ukraine diese Forderungen erst erfüllen und umsetzen, wenn nicht nur eine Dezentralisierung für das ganze Land, einschl. des Donbass formuliert ist, sondern von der Regierung in Kiew auch im gesamten Donbass, einschl. des Gebiets der sog. Volksrepubliken verantwortlich umgesetzt wird. Es ist anzunehmen, dass diese von Selenskyi vorgesehene Vorgehensweise und die in völligem Gegensatz dazu stehende



Position Putins den Hintergrund der Bemerkung von Kanzlerin Merkel vor der Presse bildet, dass noch sehr „dicke Bretter zu bohren“ sein werden.

Vor der Presse in Paris hat Präsident Selenskyj für diese schwierigste Phase eine klare Position der Ukraine vorgetragen: Wahlen im Donbass für alle Ukrainer, die in der Region leben und von dort während des Konflikts geflohen sind, keine fairen und freien Wahlen nach ukrainischem Recht, ohne dass die administrative Kontrolle der gesamten Grenze zu Russland bei der Ukraine liegt.

Darauf ging Putin nicht ein, da er ja ständig unterstreicht, dass er nicht „Partei des Konfliktes“ sei. Sondern er wiederholte seine Standardposition, dass Kiew (nun endlich) direkte Gespräche mit den Vertretern der sog. Volksrepubliken Donetsk und Luhansk aufnehmen müsse.

Das ist für Selenskyj kaum möglich, da diese Vertreter das als eine gewisse Anerkennung ihrer Autorität, ja Legitimität auslegen werden. Das heißt, dass alle weiteren Schritte zur Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine formal durch Putins Forderung für das Verfahren erschwert, ja blockiert scheinen. Und die zweite Ebene von Putins Widerstand gilt allen Maßnahmen zur Dezentralisierung, die der Donetsk und Luhansk Region kein Veto für jede weitere Politik Kiews zur Annäherung an EU oder gar NATO zubilligt.

Wenn also die Staaten der EU und der NATO dem ‚David‘ Selenskyj nicht die sprichwörtliche Schleuder ermöglichen, sich gegen Goliath zu behaupten, dann wird die Ostukraine auf unabsehbare Zeit ein ‚heißer‘ oder eingefrorenen Konflikt nach Putins Belieben bleiben.

Da Putin weiter behauptet, nicht Partei zu sein und dass es keine russische Militärpräsenz in der Ukraine gebe, besteht die „Steinschleuder“ zunächst in folgendem gemeinsamen Vorgehen der Staaten der EU und der NATO, das schon vor zwei Jahren angesagt war, und zwar ein Paket von drei Maßnahmen¹

1. Russland selbst oder die OSZE müssen die Ukraine Grenze im Separatistengebiet für militärische Güter und Personal wirksam schließen.
2. Die 2016 beschlossene bewaffnete OSZE Mission muss robust, für das gesamte Gebiet und 24/7 eingerichtet werden.
3. Falls 1. und 2. am russischen Handeln scheitern, sind Sanktionen gegen Russland von der EU und den USA und die verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine durch die NATO Staaten zu beschließen.

Wenn der politische Zweck, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu sichern, (noch) gilt, sind diese Ziele mit allen verfügbaren Mitteln nachdrücklich zu verfolgen und ist keine Lähmung durch Selbstabschreckung zuzulassen.

Allerdings bleiben – wie schon 2015 – durchaus Anzeichen, dass der ‚Westen‘ weder den Willen hat noch die erfolgversprechenden Mittel sieht, seinen erklärten politischen Zweck, für die Charta von Paris im allgemeinen einzutreten und deshalb die SuTI der Ukraine zu sichern. Putin würde daraus nicht schließen, dass er ein ‚ordentliches Ergebnis‘ mit einer Ukraine in seinem Einflussbereich erzielt hat, sondern diese Abweichung/Aufgabe des ‚Westens‘ von seinem ursprünglichen politischen Zweck als Ansporn sehen, sich weitere macht- und geopolitische Ziele zu setzen.

¹ Zu den folgenden Bemerkungen s. auch meine Beiträge vom Juli 2015 (Nr 363, ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security) und Februar 2017(Nr. 473, ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security)



Sollte der ‚Westen‘ also seinen Kraftaufwand (z.B. der Sanktionen) in dieser Krise für so groß halten, dass er dem Wert seines oben genannten Zweckes nicht mehr das Gleichgewicht halten kann, so wird dieser aufgegeben werden und ein (ungünstiger) ‚Friede‘, v.a. für die Ukraine, die Folge sein.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig am 19.12.2019 im Newsletter Nr. 253 des *Behördenpiegel*.